

**Klaus Ernst**

- (A) Mittlerweile sind drei Monate vergangen und schon gilt das nicht mehr, weil sich das neue Traumpaar Merkel/Müntefering verständigt hat, die Erhöhung des Renteneintrittsalters um sechs Jahre vorzuziehen. Das ist die Planungssicherheit, die Sie diesem Volk zumuten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.  
Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Die Wirkungen, die Sie erzielen, sind doch ganz einfach – jeder weiß es –: Nur 39 Prozent der über 55-Jährigen haben einen Job; von den über 60-Jährigen haben nur 20 Prozent einen Job. Wenn Sie das Renteneintrittsalter jetzt heraufsetzen, dann heißt das nichts anderes, als dass Sie die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes II verlängern. Jeder weiß, dass ein über 55-Jähriger in diesem Land heutzutage eher das Bundesverdienstkreuz bekommt, als dass er einen Job findet.

(Beifall bei der LINKEN)

Das liegt übrigens nicht daran, dass der Kündigungsschutz nicht schwach genug ist. Die allermeisten über 55-jährigen Arbeitslosen haben früher gearbeitet und haben ihren Arbeitsplatz irgendwann verloren, offensichtlich deshalb, weil der Kündigungsschutz nicht ausreicht. Das sage ich auch Ihnen von der FDP. Was Sie vorhaben – Rente mit 67 –, heißt nichts anderes als Kürzung der Einkommen eines großen Teils der Bevölkerung.

- (B) Viele halten längere Arbeitszeiten nicht aus. Sie müssten sich vielleicht wieder einmal in die Betriebe zu den Nacht- und Schichtarbeitern begeben. Ich habe gedacht, dass es in der SPD noch den einen oder anderen geben müsste, der das tut. Leider ist das nicht so.

Ich komme zum Schluss. Was Sie machen, ist keine Generationengerechtigkeit. Ich halte Ihr Vorhaben für sehr schwierig. Ein Kirchenlehrer im vierten Jahrhundert, der heilige Augustinus

(Lachen bei der CDU/CSU)

– das freut euch, nicht wahr; es täte euch gut, einmal nachzulesen –, hat folgenden Satz geprägt:

Ein Staat, der nicht durch die Gerechtigkeit definiert wäre, wäre nur eine große Räuberbande.

Wir müssen aufpassen, dass unser Staat dazu nicht verkommt.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Kollege Ernst, dies war Ihre erste Rede in diesem Hause. Herzliche Gratulation und alles Gute für Ihre politische Arbeit.

(Beifall)

Ich erteile das Wort Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

(Iris Gleicke [SPD]: Jetzt bringen wir mal wieder ein bisschen Niveau in die Debatte!)

**Elke Ferner (SPD):**

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir soeben gehört haben, ist an Populismus nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Ernst sollte sich einmal ein paar Zahlen zu Gemüte führen. Ich habe mir heute Morgen die Mühe gemacht, die Zahlen des Statistischen Bundesamtes herauszusuchen: Im Jahr 2004 war die Beschäftigungsquote der Älteren höher, als Sie eben angegeben haben. Die der über 60-jährigen Männer lag nämlich bei 37,7 Prozent und die der über 60-jährigen Frauen bei 19,7 Prozent.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber 39 Prozent der über 55-Jährigen!)

Man sollte keine Zahlen in die Welt setzen, die mit der Realität nichts zu tun haben.

Das Thema, über das wir heute diskutieren, ist sicherlich nicht einfach. Das braucht man überhaupt nicht zu bestreiten. Dabei geht es aber um mehr als um die Erhöhung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre. Dazu gehört auch, dass das Bundeskabinett gestern beschlossen hat, keine Rentenkürzungen – sie wären nach der jetzigen Rechtslage wahrscheinlich notwendig – vorzunehmen. Wenn ich Herrn Kolb eben richtig verstanden habe – Herr Kolb, Sie haben genau das kritisiert –, muss ich wohl annehmen, dass die FDP der Meinung ist, man müsse jetzt Rentenkürzungen durchführen.

(D)

(Widerspruch des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP])

– Sie können das gern richtig stellen. Sie haben eben ganz deutlich gesagt, dass Sie diesen Punkt kritisieren. Eigentlich vertreten Sie doch eher die Auffassung, dass die Renten gekürzt werden müssen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Da wollen Sie aber missverstehen!)

Natürlich müssen die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen verbessert werden. Das ist überhaupt keine Frage. In den 70er-Jahren war die Beschäftigungsquote der Älteren deutlich höher als heute. Sie ist heute allerdings etwas besser als vor vier oder fünf Jahren. Diesen Prozess müssen wir forcieren.

Ich füge hinzu: Es bedarf besonderer Maßnahmen, um die Beschäftigungsquote über 50-jähriger Frauen zu erhöhen. Wegen Kindererziehungszeiten und wegen häufiger Teilzeitbeschäftigung haben viele aus dieser Gruppe besondere Schwierigkeiten, wieder in eine Vollerwerbstätigkeit hineinzukommen.

Ich glaube, dass wir auch bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben weiter vorankommen müssen;

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Elke Ferner**

- (A) denn die Probleme, die einige Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aufgrund besonders schwerer Arbeitsbedingungen in den Betrieben haben, ließen sich auch durch besseren Arbeitsschutz – Stichwort: Humanisierung der Arbeitswelt – abstellen. Daran müssen wir zusätzlich arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich ansieht, wie die Beschäftigungsquoten in den anderen europäischen Ländern sind, insbesondere in den skandinavischen Ländern, stellt man fest, dass es da mit einer Erwerbsquote der über 55-Jährigen von knapp 70 Prozent deutlich besser ist als bei uns. Das sind nun nicht Länder, denen man ein schlechtes soziales Schutzniveau nachsagen könnte oder in denen es höhere Arbeitslosenquoten gibt; im Gegenteil: Die Arbeitslosenquoten dort sind niedriger. Deshalb ist es notwendig, insbesondere mit dem Programm „Perspektive 50 plus“ voranzukommen und das zeitgleich zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Kollege Ernst hat eben gesagt: Und jetzt wird die Rente mit 67 eingeführt. Wir reden heute über das Jahr 2029, nicht über morgen, nicht über übermorgen und eben nicht über das Jahr 2006.

(Zuruf von der LINKEN: 2012!)

– Im Jahr 2012 beginnt die Erhöhung um jeweils einen Monat.

- (B) (Klaus Uwe Benneter [SPD]: Das ist verantwortliche Politik heute!)

Frau Kollegin Schewe-Gerigk hat eben gesagt, die 45 Versicherungsjahre seien für Frauen nur schwer zu erreichen. Das ist richtig. Aber wir sollten jetzt nicht so tun, als ob das erst dann zum Problem wird.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist schon ein Problem! Richtig!)

Das ist nämlich bereits heute ein Problem. Der Skandal ist eigentlich, dass sich niemand anschaut, wie die Versicherungszeiten der Frauen heute,

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die müssen zahlen!)

auch die der heutigen Rentnerinnen, im Vergleich zu den Männern sind. Das sind natürlich Generationen, die eine deutlich niedrigere Frauenerwerbsquote haben, als sie die künftigen Generationen haben werden. Es kommt aber auch nicht nur auf die Anzahl der Versicherungsjahre, sondern natürlich auch auf die Entgeltpunkte an.

(Iris Gleicke [SPD]: Richtig!)

In dem Zusammenhang müssen wir auch noch einmal schauen, dass wir bei der eigenständigen Alterssicherung der Frauen besser vorankommen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

indem wir eine durchgängigere Erwerbstätigkeit ermöglichen, indem wir die Lohndiskriminierung beseitigen, indem wir den Frauen vor allem eine Vollzeit- statt Teil-

zeiterwerbstätigkeit als Regelerwerbstätigkeit ermöglichen und mehr Chancen der Karriereteilhabe eröffnen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Antragsteller dieser Aktuellen Stunde haben heute nur gesagt, was sie nicht wollen. Ich habe nichts dazu gehört, was denn die Alternative ist,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

ob man stattdessen die Rente kürzen will, ob man den Beitragssatz oder den Bundeszuschuss erhöhen will oder ob man das Rentenniveau für künftige Rentner und Rentnerinnen weiter nach unten fahren will. Wer hier kritisiert – das mag ja alles so sein –, sollte bitte schön auch sagen, wie es anders gemacht werden soll.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

#### **Vizepräsident Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat der Kollege Max Straubinger, CDU/CSU-Fraktion.

(Dr. Ralf Brauksiepe [CDU/CSU]: Jetzt kommt mal ein wahrer Bayer!)

#### **Max Straubinger (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Aktuelle Stunde befasst sich mit den rentenpolitischen Beschlüssen der Koalition und vor allem auch mit dem Vorschlag von Herrn Bundesminister Franz Müntefering. Wir bringen hier in der Gesamtheit zum Ausdruck, dass wir eine verantwortungsbewusste und vor allem eine zielorientierte und den Generationen gerecht werdende Rentenpolitik betreiben. Ich danke dem Bundesminister sehr herzlich dafür, dass er dieses Thema ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt und diese mittlerweile intensive Diskussion herbeigeführt hat. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es schadet nicht, etwas zurückzuschauen und sich darüber klar zu werden, warum diese Beschlüsse so gefasst worden sind. Sie sind Ausdruck einer großartigen demographischen Entwicklung. 1871 betrug die Lebenserwartung der Männer 35,6 Jahre und die der Frauen 38,4 Jahre. 1926 war sie bei den Männern auf 56 Jahre und bei den Frauen auf 58,8 Jahre gestiegen. Erst 1970 wurde eine Lebenserwartung von über 65 Jahren erreicht, nämlich bei den Männern eine Lebenserwartung von 67,4 Jahren und bei den Frauen eine von 73,8 Jahren. Heute beträgt die Lebenserwartung der Männer 75,9 Jahre und die der Frauen 81,6 Jahre. Für das Jahr 2030 rechnen wir mit einer Lebenserwartung von 83,4 Jahren bei den Männern und von 87,6 Jahren bei den Frauen.

Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, dass wir auf die Entwicklung, die ja für die Menschen großartig ist, auch eine generationengerechte Antwort finden müssen. Ich habe heute bei den Antragstellern jedoch nicht erkennen können, dass sie bereit wären, hier eine positive